

Aktuelles Stichwort: Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf Wirtschaftswachstum und Inflation

24. März 2022: Das wirtschaftliche Umfeld hat sich durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die umfangreichen Sanktionen der westlichen Staaten grundlegend geändert.

Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung

Das globale Wirtschaftswachstum wird durch die Auswirkungen des Krieges in diesem Jahr gebremst. Nachdem zu Jahresbeginn ein kräftiger Wachstumsschub ab dem Frühsommer prognostiziert wurde, wird sich diese Erholung nun verschieben und voraussichtlich auch schwächer ausfallen. In der Folge des Krieges wird es zu grundlegenden Anpassungen bei den globalen Produktions- und Lieferketten kommen. Trotz einiger positiver Entwicklungen, wie z. B. dem Rückgang der Covid-Belastungen der Wirtschaft und die in den Industrieländern hohe Überersparnis sowie ein damit verbundener Nachholkonsum, wird das globale Wirtschaftswachstum im Jahr 2022 voraussichtlich um 2 Prozentpunkte schwächer ausfallen als im vergangenen Jahr (2021: + 5,9 %).

Auch für den Euroraum wurde zu Beginn des Jahres für das Frühjahr eine kräftige Erholung prognostiziert. Die aktuelle Situation führt nun allerdings zu Lieferengpässen, Knappheiten und vor allem zu deutlichen Preissteigerungen, die die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2022 belasten werden. Sofern es im Laufe des zweiten Halbjahres zu einem Rückgang der Rohstoffpreise kommt, wäre für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum von rund 3 % möglich. Diese Prognose beruht auf der Annahme, dass es nicht zu einem Importstopp von russischem Erdöl und Erdgas kommen wird. Wenn die Energiepreise allerdings weiter steigen und sich Knappheiten ergeben, könnte dies zu Produktionsausfällen, Insolvenzen und einer höheren Arbeitslosigkeit führen. In diesem Szenario wäre für den Euroraum sogar ein deutlicher Rückgang des Wirtschaftswachstums im zweiten und dritten Quartal dieses Jahres möglich.

Der starke Anstieg der Energiepreise und zunehmende Lieferengpässe setzen der deutschen Wirtschaft besonders zu.

Nachdem vor Beginn des Krieges für Deutschland in diesem Jahr noch ein BIP-Anstieg von 3 ½ bis 4 % möglich schien, muss diese Prognose inzwischen auf 2,2 % reduziert werden. Eine erhöhte Staatsnachfrage sowie die gute Arbeitsmarktsituation sollten das Wirtschaftswachstum in Deutschland dennoch stützen. Hinzu kommt der Nachholkonsum, insbesondere im Dienstleistungsbereich, so dass im dritten und vierten Quartal dieses Jahres kräftige Wachstumsraten von jeweils gut 1 % möglich wären.

Negative Leitzinsen haben keine Berechtigung mehr

Die Inflationsrate im Euroraum ist auf einen Rekordwert gestiegen. Der Preisdruck wird in den kommenden Monaten hoch bleiben. Die hohe Inflation beruht dabei längst nicht mehr vorwiegend auf den teureren Rohstoffen und Nahrungsmitteln, sondern wird insgesamt breiter. Auch das Risiko für Zweitrundeneffekte hat deutlich zugenommen, nicht zuletzt wegen der guten Arbeitsmarktentwicklung. Aus diesem Grund sollte die EZB jetzt einen Fahrplan für ein Ende der Negativzinspolitik noch in diesem Jahr vorlegen. Es braucht ein klares Signal der EZB, dass sie das geänderte Umfeld wahrnimmt und entsprechend bereit ist, zu reagieren.

Position des Bankenverbandes

Der russische Angriffskrieg und die umfangreichen Sanktionen der westlichen Staaten werden deutliche Spuren in der Weltwirtschaft, aber auch in Deutschland hinterlassen. Der Bankenverband hat deshalb seine Wachstumsprognosen nach unten revidiert. Das Risiko für die Inflationsprognose ist hingegen weiterhin deutlich nach oben gerichtet. Aufgrund struktureller Faktoren wird der Preisdruck auch mittelfristig erhöht bleiben.

Kontakt:

Dr. Markus Kirchner
Associate Director
markus.kirchner@bdb.de

Schlagwörter:

Inflation
Leitzinsen
Ukraine
Wirtschaftswachstum

Bundesverband deutscher Banken e. V.
Burgstraße 28 | 10178 Berlin
Telefon: +49 30 1663-0
Website: bankenverband.de

USt.-IdNr DE201591882
Lobbyregister-Nr. R001458
EU-Transparenzregister-Nr. 0764199368-97